

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

I-12

Déposée par Monsieur:

Erwin Teufel

Qualité:

Membre

Texte du Praesidium

- (1) Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit für die Festlegung der Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt sowie in folgenden Bereichen:
- die Geld- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben,
 - die gemeinsame Handelspolitik,
 - die Zollunion,
 - die Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik.

- (2) Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit für den Abschluss internationaler Übereinkommen, wenn ein solcher Abschluss in einem Rechtsakt der Union vorgesehen ist, er notwendig ist, damit die Union ihre Zuständigkeit auf interner Ebene ausüben kann oder er eine interne Handlung der Union berührt.

Amendement proposé

- (1) Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit für die Festlegung **ihrer** Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt sowie in folgenden Bereichen:
- die Geld- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben,
 - die gemeinsame Handelspolitik,
 - die Zollunion,
 - die Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik.

- (2) Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit für den Abschluss internationaler Übereinkommen, wenn ein solcher Abschluss in einem Rechtsakt der Union vorgesehen ist, er notwendig ist, damit die Union ihre Zuständigkeit auf interner Ebene ausüben kann oder er eine interne Handlung der Union berührt.

In Bezug auf die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen im Bereich des Verkehrs mit bildungsbezogenen,

**kulturellen und audiovisuellen
Dienstleistungen sowie in den Bereichen
Soziales und Gesundheitswesen
beschließt der Rat einstimmig. Die
Abkommen werden gemeinsam von der
Union und den Mitgliedstaaten
geschlossen.**

Begründung:

Abs. 1

Um dem Missverständnis vorzubeugen, die Union sei auch für das nationale Wettbewerbsrecht zuständig, sollte in Art. I-12 von der Festlegung „ihrer“ Wettbewerbsregeln gesprochen werden.

Abs. 2

Der Bereich der bildungsbezogenen, kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen steht in besonders enger Verbindung mit der nationalen Identität der Mitgliedstaaten. Daher ist die einstimmige Beschlussfassung im Rat und der Abschluss der Abkommen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten angebracht ("Exception culturelle").

Letzteres gilt auch für die anderen im derzeit gültigen Artikel 133 Absatz 6 Unterabsatz 2 EG-Vertrag genannten Bereiche (Soziales und Gesundheitswesen), weil die Gemeinschaft hier nur sehr eingeschränkte Zuständigkeiten besitzt.